

Referat von Klaus Barthel, Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD)

Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie des Deutschen Bundestages

Guten Tag allerseits. Außerhalb dieses Raumes sind vielleicht viele der Meinung, dass gerade in Bezug auf die Bundesrepublik und vielleicht auch Europa Entwarnung gegeben werden kann. Denn jetzt haben wir ja die erfolgreiche Initiative und wir haben die Konzessionsrichtlinie eingegrenzt, auch der Koalitionsvertrag garantiert ausdrücklich die Kommunale Daseinsvorsorge. Aber ich glaube, da sollte man vorsichtig sein. Und deswegen finde ich es gut, dass solch eine Veranstaltung heute stattfindet. Ich finde es auch wichtig, dass wir an dem Thema dranbleiben. Denn die Triebkräfte dieser ganzen Geschichte mit Wasserprivatisierung und Liberalisierung sind weiter aktiv. Ich durfte das im Bereich Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik über viele Jahre verfolgen. Die Triebkräfte sind einmal die permanente Umverteilung und zu dieser Umverteilung gehört auch die Umverteilung von öffentlichen Gütern zu privaten Gütern.

Der jüngste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung enthält dazu schöne Zahlen, nämlich: Die öffentliche Hand ist um 800 Mrd. € ärmer geworden in den letzten 15 Jahren. Und die privaten Vermögen haben sich in derselben Zeit verdoppelt auf annähernd 10 Billionen €.

Das heißt, ein Teil der privaten Vermögen kommt auch aus der öffentlichen Armut. Da sind wir auch bei unserem Dauerthema, der Steuerpolitik. Und es ist auch eine der bitteren Pillen in diesem Koalitionsvertrag, dass wir an dieser Stelle wieder nicht weiter gekommen sind. Weil, das, worüber wir hier reden, nämlich beim Wasser, gerade am Beispiel Berlins, ja seine Gründe hat. Nämlich die öffentliche Armut, die Armut von Städten und Gemeinden.

Deswegen ist ja auch diese erste Privatisierungswelle in Deutschland nach der deutschen Einheit über uns hereingeschwappt. Angefangen hat es in den neuen Bundesländern. Dort wurden die Wasserkonzerne implantiert und die haben sich dann wie ein Krebsgeschwür woandershin ausgebreitet. In den anderen Ländern dieser Welt, wo wir das gesehen haben, geht es um Verteilung. Wir brauchen nicht reden von Wassermangel, den gibt es nicht, nirgends. Sondern es gibt für viele Menschen einen Mangel an Wasser. Den Reichen jedoch, denen fehlt es nirgends an Wasser, um ihre Golfplätze und Schwimmbäder zu betreiben. Da kann man hinkommen wo man will. Es ist immer ein Gerechtigkeits- und Verteilungsproblem. Deswegen wird der Kampf auch weitergehen.

Er wird auch über die Ebene der Europäischen Union ausgetragen seit den 80er Jahren in Form der Liberalisierung und Privatisierung der Netzwirtschaften. Aber da muss man sagen, bei Telekommunikation, Post, Daseinsvorsorge ist es ja nicht die europäische Ebene von sich aus gewesen. Denn da gibt es ja auch Druck über nationale Politik und Interessen. Ich kann mich noch gut daran erinnern.

Die Bundesregierung hat es lange nicht geschafft, die Bevölkerung davon zu überzeugen, dass man die Post und die Bahn privatisieren muss. Also hat man das Ganze auf europäischer Ebene vorangetrieben und dem Volk erklärt, die in Brüssel zwingen uns jetzt dazu.

Und ähnlich ist das bei Wasser und anderen Geschichten. Wenn man lange genug dabei ist, findet man so etwas in seinen Archiven. Ich habe z.B. dazu etwas aus den 90er Jahren gefunden. Da gab es einen sogenannten Cardiff-Prozess. Und im Übergang von der „schwarz-gelben“ zur „rot-grünen“ Bundesregierung musste dann immer national Bericht erstattet werden über die Umsetzung dieses Cardiff-Prozesses. Das kann man jederzeit wieder aus der Schublade ziehen.

Da heißt es so schön, *„Die Wasserversorgung in Deutschland ist stark zersplittert.“ In der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sind mehrere tausend Unternehmen überwiegend in kommunaler und öffentlicher Trägerschaft tätig* (leichtes Bedauern liest man da heraus). *„Durch die Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes hat die Bundesregierung (also schwarz-gelbe) einen ersten Beitrag dazu geleistet, die Voraussetzungen für die Entwicklung einer leistungsstarken und wettbewerblichen organisierten Wasserwirtschaft in Deutschland zu verbessern. Seit 1996 können die Städte und Gemeinden ihre gesetzliche Entsorgungsaufgabe auch auf externe Partner übertragen. Die Bundesregierung hat es sich zum Ziel gesetzt, die Rahmenbedingungen für die Wasserwirtschaft weiter zu modernisieren, durch einen erleichterten Marktzugang für private Anbieter, flexiblere Unternehmensformen und neue Formen der übergreifenden Zusammenarbeit sollen mittelfristig international wettbewerbsfähige Strukturen entstehen.“*

Und da sind wir bei dem Punkt wo wir heute über TTIP usw. reden. Es geht darum, international wettbewerbsfähige private Konzerne aufs Gleis zu setzen. Das muss man dann auf allen Ebenen betreiben. Befeuert wird das Ganze mit der Finanzkrise. Deswegen halte ich das auch mit der Konzessionsrichtlinie nicht für einen Zufall. Also, dass irgendwelche Bürokraten nur ihr Programm abarbeiten. Dass diese Richtlinie ausgerechnet jetzt kommt, wo wir die europäische Finanzkrise haben und wo man dafür sorgen muss, dass die Privatisierung in Griechenland, Spanien, Italien und wo auch immer auch umgesetzt wird, damit neue Anlagemöglichkeiten für überschüssiges Kapital gefunden werden können.

Es ist doch auffällig, dass sich das jetzt zufällig ganz gut trifft. Dann muss man natürlich Regelungen schaffen, nach denen diese Privatisierung und Liberalisierung vorangetrieben werden kann.

Aber das gibt es auch auf nationaler Ebene und das verfolgt uns auch schon seit langer Zeit. Auch jetzt aktuell findet man das wieder. Da gibt es ja solche Agenturen, die eigentlich im Auftrag der Öffentlichkeit wirtschaftliche Macht kontrollieren sollen. - Das ist die Monopolkommission, das ist das Bundeskartellamt, das ist die Bundesnetzagentur.- Und eigentlich sollen die ja wirtschaftliche Machtzusammenballungen kontrollieren, also Berichte darüber geben wie z.B. die Konzentration in der Wirtschaft vorangeschritten ist. Sie

haben da einen klaren gesetzlichen Auftrag. Aber der wird zum Teil schon gar nicht mehr erfüllt. Die beispielsweise Monopolkommission weigert sich, Berichte über die Unternehmenskonzentration und Finanzkonzentration zu liefern, weil sie sagen, sie könnten das gar nicht.

Dafür tummeln sie sich aber in Bereichen, die sie gar nichts angehen, nämlich z.B. in der Wasserwirtschaft. Wo dann das Bundeskartellamt regelmäßig, jetzt so auch im letzten Bericht wieder reinschreibt, z.B. über die Wasserwirtschaft: *„Das Argument funktionierender Kontrolle durch die Kommunalaufsicht greift nicht. Eine der kartellrechtlichen Effizienzkontrolle vergleichbare Prüfung durch die Kommunalaufsicht findet nicht statt. Die wirtschaftliche Beteiligung von Kommunen ist kein Selbstzweck. Kommunale Interessen und Interessen der Bürger sind nicht deckungsgleich.“* Das haben wir ja in Berlin gehört und da sollte man denken, jetzt kommt etwas über demokratische Beteiligung. Nein, *„viel mehr sollte dem Subsidiaritätsprinzip wieder mehr Beachtung geschenkt werden.“* Hört sich auch noch gut an. Aber dann kommt's: *„Demnach dürfen Kommunen nur dann wirtschaftlich tätig werden, wenn private Unternehmen nicht genauso gut in der Lage sind.“* Also, die müssen nicht einmal besser sein, sondern nur genauso gut in der Lage sein, eine bestimmte Leistung zu erbringen. Privat vor Staat. Kapital vor Kommune.

Und so fuhrwerken das Bundeskartellamt und die Monopolkommission ständig in diesen Bereichen herum und versuchen, praktisch betriebswirtschaftliche und privatkapitalistische Kriterien in die Wasserwirtschaft einzuführen und damit den Weg zu bereiten für Privatisierung und Liberalisierung. Das geht noch weiter. Darüber werden wir ja dann noch was hören – Freihandelsabkommen. Die haben uns wenig gestört, solange wir nur andere Länder zur Marktöffnung gezwungen haben, also Zentralamerika, Kolumbien, Peru. Es wird kaum jemand annehmen, dass ein Wasserbetreiber aus Kolumbien nach Deutschland kommt. Aber umgekehrt ist es noch niemandem so sonderlich aufgefallen.

Auch in Bezug auf die USA kann man ja von Seiten unserer Wirtschaftsverbände und bestimmter Kreise hören, dass der Druck für die Marktöffnung, gar nicht aus den USA kommt, zum Beispiel weil die hier unbedingt Wasserversorgung betreiben wollen. Sondern vor allen Dingen deutsche und europäische Großkonzerne wollen an die Beschaffungsmärkte in den USA, die die nämlich dort kommunal und einzelstaatlich geschlossen sind, nach dem Motto: *„buy american.“*

Und deswegen wollen die unbedingt da rüber. Was natürlich nicht ohne Folgen auf Europa bleibt. Ich will nur noch darauf hinweisen, wenn wir die ganze Liberalisierungsdebatte nicht nur auf den Wassersektor beziehen, sondern auf die gesamten Bereiche von Netzen, von Daseinsvorsorge eben von öffentlicher Verantwortung. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, woher die Interessen kommen und auch erkennen an allen Bereichen, in denen das bisher exerziert wird, dass es ein bisschen Privatisierung, ein bisschen Liberalisierung vielleicht

am Anfang mal gibt, aber dass wenn die Schleusen erst einmal geöffnet sind, dass dann die ganzen Bereiche der Marktlogik unterworfen werden.

Und deshalb bin ich froh, dass wir diese Debatte heute weiterführen können.